

Husum, den 17.3.08

SDN: Politik muss handeln

Einheitliche „Deutsche Küstenwache“ für die Meere

Aufbau des MSZ wird komplizierter und teurer / Abgeordnete auf dem richtigen Weg

(Husum/Cuxhaven/Varel i.O.) „Verhalten optimistisch“ äußert sich die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste SDN über die Bemühungen der Föderalismuskommission II, die derzeit über die Schaffung einer Deutschen Küstenwache berät.

Angesichts dieser positiven Entwicklung bittet der kommunale Umweltverband die Abgeordneten von Bund und Ländern sich in dieser Frage nicht weiterhin von bestimmten Verwaltungsabteilungen aus dem Bundesverkehrsministerium beeinflussen zu lassen. Nach dem Prinzip: „dat blivt so as dat is“ würden jegliche Reformen für mehr Sicherheit an den deutschen Küsten und in der Schifffahrt aufgrund egoistischem Ressortdenken und Kompetenzgerangel verhindert. Die Vorgänge um das im vorläufigen Wirkbetrieb bestehendes „Gemeinsames Lagezentrum See“ hätten gezeigt, dass aus politischen Gründen übereilig ein Gebäude gekauft wurde, das den Anforderungen nicht genüge. Zwar stehe die Standortfrage in Cuxhaven für die SDN nicht mehr zur Disposition, mit mehr Gelassenheit und Professionalität wären den Steuerzahlern jedoch Millionen erhalten geblieben, unterstreicht Vorstandssprecher Hans von Wecheln. Nach Meinung des Verbandes wird deutlich, dass der bisherige Verwaltungsweg nicht zu einer schlagkräftigen, monokratisch strukturierten und kosteneffizienten Küstenwache führen wird.

Bereits im Jahre 2004 hatte die SDN in einem Brief an zuständige Abgeordnete erläutert, dass das neue System grundsätzlich nicht geeignet sei, Kosten zu sparen, da die bestehenden Behörden - und somit auch deren Verantwortung - beibehalten werden. Die Koordination und somit die Effektivität der Aufgabenerfüllung könne nur marginal erhöht werden, da das jetzige System bereits die Möglichkeit der Synergieeffekte zwischen den Bundesbehörden ausgeschöpft habe.

Ohne eine Änderung der Strukturen und Zuständigkeiten der Behörden auf Bundesebene sei die von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages geforderte Effektivität nicht zu erreichen, meint die SDN. Daher begrüßt der Verband die Initiativen der Fraktionen von FDP und CDU und von einigen Abgeordneter der SPD, die in Form von Anträgen und Berichten eine einheitliche Deutsche Küstenwache fordern. Nach Meinung der Abgeordneten sind zwei Schritte geplant: in einem ersten Schritt sollen die Kräfte an der Küste auf Bundesebene zusammengefasst werden, weil dafür keine Änderung des Grundgesetzes erforderlich ist. In einem zweiten Schritt sollen dann dem Bund die Landeskompetenzen auf See durch eine Änderung des Grundgesetzes übertragen werden. Das Land Schleswig-Holstein hatte bereits 2004 den Bund aufgefordert über eine Bundsratsinitiative, die Neuaufstellung einer Deutschen Küstenwache vorzunehmen und die hierfür erforderliche Verfassungsänderung zu veranlassen. Der Umweltverband fordert die Abgeordneten auf, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen.

Mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung!
Hans von Wecheln
Vorstandssprecher SDN